Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, den 10.05.2017, 17:30 Uhr, im Rathaus der Stadt Eschweiler, Ratssaal, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Bürgermeister Rudi Bertram Verwaltung

Stv. Vorsitzende/r

Frau 1. stellv. Bürgermeisterin Helen Weidenhaupt SPD

Ratsmitglieder SPD-Fraktion

Herr Ratsmitglied Walter Bodelier	SPD
Herr Ratsmitglied Wilhelm Broschk	SPD
Herr Ratsmitglied Norbert Buhl	SPD
Frau Ratsmitglied Nicole Dickmeis	SPD
Herr Ratsmitglied Klaus Fehr	SPD
Herr Ratsmitglied Peter Gartzen	SPD
Herr Ratsmitglied Dr. Christoph Herzog	SPD
Herr Ratsmitglied Peter Kendziora	SPD
Herr Ratsmitglied Dietmar Krauthausen	SPD
Frau Fraktionsvorsitzende Nadine Leonhardt	SPD
Herr Ratsmitglied Oliver Liebchen	SPD
Frau Ratsmitglied Edeltraud Lindner	SPD
Herr Ratsmitglied Stephan Löhmann	SPD
Herr Ratsmitglied Jörg Löschmann	SPD
Frau Ratsmitglied Monika Medic	SPD
Frau Ratsmitglied Claudia Moll	SPD
Frau Ratsmitglied Petra Ott	SPD
Frau Ratsmitglied Brigitte Priem	SPD
Frau Ratsmitglied Regina Rehahn	SPD
Herr Ratsmitglied Dietmar Schultheis	SPD
Herr Ratsmitglied Achim Schyns	SPD
Herr Ratsmitglied Heinz Thoma	SPD
Herr Ratsmitglied Ugur Uzungelis	SPD
Herr Ratsmitglied Frank Wagner	SPD
Frau Ratsmitglied Angelika Werner	SPD

Ratsmitglieder CDU-Fraktion

Herr Ratsmitglied Hans-Josef Berndt	CDU
Herr 2. stellv. Bürgermeister Wilfried Berndt	CDU
Herr Fraktionsvorsitzender Wilhelm Bündgens	CDU
Herr Ratsmitglied Jörg Els	CDU
Frau Ratsmitglied Renée Grafen	CDU
Herr Ratsmitglied Thomas Graff	CDU
Herr Ratsmitglied Frank Kortz	CDU
Herr Ratsmitglied Wilfried Maus	CDU
Herr Ratsmitglied Marc Müller	CDU
Frau Ratsmitglied Maria Mund	CDU
Herr Ratsmitglied Wolfgang Peters	CDU
Herr Ratsmitglied Mark Pützer	CDU
Herr Ratsmitglied Thomas Schlenter	CDU
Herr Ratsmitglied Bernd Schmitz	CDU

Ratsmitglieder FDP-Fraktion

Herr Fraktionsvorsitzender Ulrich Göbbels
Herr Ratsmitglied Konstantin Theuer

FDP
FDP

Ratsmitglieder Fraktion DIE GRÜNEN

Herr Ratsmitglied Franz-Dieter Pieta
Herr Fraktionsvorsitzender Dietmar Widell

Bündnis 90/Die Grünen
Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder UWG-Fraktion

Herr Fraktionsvorsitzender Erich Spies
Herr Ratsmitglied Manfred Waltermann

UWG
UWG

Ratsmitglieder Fraktion DIE LINKE

Herr Ratsmitglied André Schulze

Die LINKE

Von der Verwaltung

Frau Marie-Antoinette Breil
Herr Leo Breuer
Herr René Costantini
Herr Erster und Technischer Beigeordneter Hermann Gödde
Herr Helmut Gühsgen
Herr Dr.-Ing. Bernd Hartlich
Frau Sandra Hunscheidt-Fink
Herr Beigeordneter und Stadtkämmerer Stefan Kaever
Herr Dieter Kamp
Herr Wolfgang Mertens
Herr Edmund Müller
Herr Martin Quadflieg
Herr Heinz Rehahn
Herr Thomas Rehahn

Verwaltung
Verwaltung

Schriftführer/in

Frau Lisa Jahn
Frau Stephanie Offermanns

Verwaltung
Verwaltung

Abwesend:

Ratsmitglieder SPD-Fraktion

Herr Ratsmitglied Stefan Kämmerling

SPD

Ratsmitglieder Fraktion DIE LINKE

Herr Fraktionsvorsitzender Albert Borchardt

Die LINKE

Ratsmitglied PIRATEN

Herr Ratsmitglied Rudi E. Lennartz

Piratenpartei

Bgm. Bertram eröffnete die Sitzung des Stadtrates um 17.30 Uhr und begrüßte die Ratsmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Zuhörer.

Bgm. Bertram stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung des Stadtrates sowie die Tagesordnung frist- und formgerecht zugegangen seien und die Beschlussfähigkeit des Stadtrates gegeben sei.

Änderungswünsche zur Tagesordnung wurden nicht vorgetragen, so dass die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten wurde:

Öffentlicher Teil

1 Fragestunde für Einwohner

2	Endgültige Herstellung der nördlich von der Straße Grüner Weg abzweigenden Stichstraße mit gleicher Straßenbezeichnung (Gemarkung Eschweiler, Flur 15, Nr. 208) und Widmung für den öffentlichen Verkehr	131/17
3	Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für die Erneuerung und Verbesserung der Straßen Im Hag Teilbereiche Anlagen A bis C; hier: Satzungsbeschluss	135/17
4	Handlungskonzept Wohnen; hier: Beschluss des Konzeptes	111/17
5	Soziale Stadt Eschweiler-Ost hier: Gebietsaufhebung	065/17
6	Fortsetzung der Schulsozialarbeit in den Grundschulen	125/17
7	Kenntnisgaben	
7.1	Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für die Erneuerung und Verbesserung der östlich von der Erschließungsanlage Ardennestraße - von Heibachstraße bis Herrenfeldchen - abzweigenden Erschließungsanlagen Ardennestraße	127/17
7.2	Rettungsdienstbedarfsplan der StädteRegion 2018; hier: u. a. Notarztversorgung Stolberg/Eschweiler	146/17
8	Anfragen und Mitteilungen	
8.1	Entsorgung von Erdaushub im Landschaftsschutzgebiet; Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 25.04.2017 / E-Mail von Herrn Michael Kortz vom 23.04.2017; mündlicher Bericht	

Nicht öffentlicher Teil

9	Wahl einer stellvertretenden Schiedsperson im Schiedsgerichtsbezirk Eschweiler IV - Dürwiß/Neu-Lohn -	137/17
10	Neustrukturierung der WAG - Wasseraufbereitungs- und gewinnungsgesellschaft Nordeifel mbH	059/17
11	Straßenunterhaltungsmaßnahmen 2017	132/17
12	Verkauf eines städtischen Baugrundstücks	134/17
13	Tausch von Flächen	140/17
14	Verkauf eines städtischen Baugrundstücks	148/17
15	Anfragen und Mitteilungen	
15.1	Unterrichtung des Rates gem. § 113 Abs. 5 GO NRW	

Öffentlicher Teil

1 Fragestunde für Einwohner

Bgm. Bertram gab bekannt, dass keine Anfragen eingegangen seien.

2 Endgültige Herstellung der nördlich von der Straße Grüner Weg abzweigenden Stichstraße mit gleicher Straßenbezeichnung (Gemarkung Eschweiler, Flur 15, Nr. 208) und Widmung für den öffentlichen Verkehr **131/17**

Der Rat der Stadt Eschweiler fasste den nachfolgenden Beschluss einstimmig:

1. Die im rechtswirksamen Bebauungsplan Nr. 55/1.Änd. – Grüner Weg – ausgewiesene und nördlich von der Straße Grüner Weg abzweigende Erschließungsanlage mit gleicher Straßenbezeichnung,

Gemarkung Eschweiler, Flur 15, Nr. 208, ist gemäß § 8 der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen in der Stadt Eschweiler vom 30.03.1990 in der derzeit geltenden Fassung endgültig hergestellt.

Damit unterliegen die durch die genannte Erschließungsanlage erschlossenen Grundstücke der Erschließungsbeitragspflicht gemäß § 133 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der derzeit gültigen Fassung.

2. Durch den rechtswirksamen Bebauungsplan Nr. 55/1.Änd. – Grüner Weg – ist das Grundstück Gemarkung Eschweiler, Flur 15, Nr. 208, das der nördlich von der Straße Grüner Weg abzweigenden Erschließungsanlage mit der gleichen Straßenbezeichnung dient, als öffentliche Verkehrsfläche festgesetzt worden. Gemäß § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) vom 23.09.1995 (GV. NRW. S. 1028, 1996 S. 81, 141, 216, 355, 2007 S. 327) in der derzeit gültigen Fassung wird die vorgenannte Erschließungsanlage für den öffentlichen Verkehr gewidmet.

Entsprechend ihrer Verkehrsbedeutung wird die Erschließungsanlage als Gemeindestraße eingestuft.

Mit der öffentlichen Bekanntmachung wird die Widmung wirksam.

Die vorstehenden Beschlüsse sind öffentlich bekannt zu machen; der Beschluss zu 1. gemäß § 52 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1974 (GV.NRW S. 666) in der derzeit gültigen Fassung und der Beschluss zu 2. mit Rechtsbehelfsbelehrung.

3 Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für die Erneuerung und Verbesserung der Straßen Im Hag Teilbereiche Anlagen A bis C; hier: Satzungsbeschluss 135/17

Bei zwei Nein-Stimmen (Grüne) und 46 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, UWG, RM Schulze, Bgm. Bertram) fasste der Rat der Stadt Eschweiler den folgenden Beschluss mehrheitlich:

Zur Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für die Erneuerung und Verbesserung der Straßen Im Hag werden

1. die als Anlage 2 zur Verwaltungsvorlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgaben-gesetz für das Land Nordrhein-Westfalen –KAG- für die Erneuerung und Verbesserung des Teilbereichs Anlage A der Straßen Im Hag;
2. die als Anlage 4 zur Verwaltungsvorlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgaben-gesetz für das Land Nordrhein-Westfalen –KAG- für die Erneuerung und Verbesserung des Teilbereichs Anlage B der Straßen Im Hag;
3. die als Anlage 6 zur Verwaltungsvorlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgaben-gesetz für das Land Nordrhein-Westfalen –KAG- für die Erneuerung und Verbesserung des Teilbereichs Anlage C der Straßen Im Hag;

beschlossen.

4 Handlungskonzept Wohnen; hier: Beschluss des Konzeptes 111/17

Der Rat der Stadt Eschweiler fasste den nachfolgenden Beschluss einstimmig:

1. Das Handlungskonzept Wohnen, Stand März 2017 (Anlage 1 zur Verwaltungsvorlage), wird als städtebauliches Entwicklungskonzept im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Prozesses „Global Nachhaltige Kommune“ eine ämterüber-

greifende Arbeitsgruppe „Wohnbauentwicklung“, die mit der Umsetzung der im Handlungskonzept Wohnen aufgeführten Maßnahmen und einer kontinuierlichen Wohnungsmarktbeobachtung für die Stadt betraut wird, einzurichten.

5 Soziale Stadt Eschweiler-Ost hier: Gebietsaufhebung

065/17

RM Pieta fragte nach, ob die finanzielle Förderung der Bürgerbegegnungsstätte, welche auf 20 Jahre festgeschrieben worden sei, durch eine eventuelle Auflösung des betreibenden Vereins gefährdet sei. Im Nachgang zur Sitzung führte die Verwaltung folgendes aus:

In der „Sozialen Stadt NRW Eschweiler-Ost“ wurde mit dem ersten Zuwendungsbescheid Nr.: 05/84/04 vom 09.12.2004 u.a. auch der Neubau der Bürgerbegegnungsstätte mit einer Zweckbindungsfrist von 20 Jahren gefördert.

Als Nebenbestimmung wurde folgender Absatz in den Zuwendungsbescheid aufgenommen:
„Vor Abruf der Mittel ist der Bewilligungsbehörde ein Trägerkonzept vorzulegen. Dabei ist durch Kriterien wie ein breit verankertes Nutzungskonzept, bürgerschaftliches Engagement und die Einbeziehung der Institutionen und Vereine im Stadtteil sicherzustellen, dass die laufenden Unterhaltungs-/Folgekosten möglichst gering ausfallen und langfristig vor Ort getragen werden können. ...“

Mit Schreiben vom 18.07.2005 wurde der Bezirksregierung Köln ein erstes Trägerkonzept vorgelegt, das laut Schreiben vom 26.08.2005 den Vorgaben entsprach und die Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheides erfüllte.

Am 28.11.2006 konnte die Satzung des Trägervereins offiziell an die Stadt Eschweiler übergeben werden, die Gründungsversammlung des Trägervereins „Bürgerbegegnungsstätte Eschweiler-Ost e.V.“ hat am 15.05.2007 stattgefunden. Mitglieder im Verein waren insgesamt 24 Einzelpersonen und 6 Organisationen.

Der Bau der Bürgerbegegnungsstätte begann offiziell mit dem ersten Spatenstich am 14.12.2006, die Einweihung fand statt am 16.05.2008.

Die Zweckbindungsfrist beginnt mit der Inbetriebnahme - hier die Einweihung - und endet demnach am 15.05.2028. Ob und welche Konsequenzen eine frühzeitige Auflösung des Trägervereins nach sich ziehen würde, müsste im Detail mit der Bezirksregierung geklärt werden.

Der Rat der Stadt Eschweiler fasste den nachfolgenden Beschluss einstimmig:

Das in der Anlage 1 zur Verwaltungsvorlage dargestellte und mit Beschluss vom 14.11.2012 festgelegte Maßnahmengebiet der Sozialen Stadt Eschweiler-Ost wird aufgehoben.

6 Fortsetzung der Schulsozialarbeit in den Grundschulen

125/17

Der Rat der Stadt Eschweiler fasste den nachfolgenden Beschluss einstimmig:

Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Verein für Ausbildung und berufliche Weiterbildung e.V. (VABW e.V.) die als Anlage zur Verwaltungsvorlage im Entwurf beigefügte Vereinbarung abzuschließen, um auf dieser Basis die in den bisherigen Jahren praktizierte Schulsozialarbeit an allen Eschweiler Grundschulen mit je einer halben Stelle pro Schule einschließlich der erfolgten Netzwerkarbeit durch Einrichtung der Koordinierungsstelle mit einer halben Stelle im Jugendamt fortzuführen.

Die Verwaltung wird ferner beauftragt, den Antrag auf eine weitere Förderung aus dem Landesprogramm zur Förderung der Sozialen Arbeit an Schulen für das Jahr 2017 zu stellen.

7 Kennnisgaben

7.1 Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für die Erneuerung und Verbesserung der östlich von der Erschließungsanlage Ardennenstraße - von Heibachstraße bis Herrenfeldchen - abzweigenden Erschließungsanlagen Ardennenstraße 127/17

Der Rat der Stadt Eschweiler nahm den nachfolgenden Sachverhalt zur Kenntnis:

Für den Ersatz des Aufwandes, der für die Erneuerung und Verbesserung der östlich von der Erschließungsanlage Ardennenstraße – von Heibachstraße bis Herrenfeldchen – abzweigenden Erschließungsanlage Ardennenstraße – von Hausnummer 2 a bis 18 - und der östlich von der Erschließungsanlage Ardennenstraße – von Heibachstraße bis Herrenfeldchen – abzweigenden Erschließungsanlage Ardennenstraße – von Hausnummer 20 bis 32 - entstanden ist, sind Beiträge nach den Bestimmungen des § 8 Kommunalabgabengesetz NRW vom 21.10.1969 (GV NRW S. 712/SGV NRW 610) in der jeweils gültigen Fassung in Verbindung mit der Satzung vom 06.04.2017 der Stadt Eschweiler über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen für die Erneuerung und Verbesserung der östlich von der Erschließungsanlage Ardennenstraße – von Heibachstraße bis Herrenfeldchen – abzweigenden Erschließungsanlagen Ardennenstraße zu erheben.

Die endgültige Fertigstellung erfolgte am 26.08.2014.

7.2 Rettungsdienstbedarfsplan der StädteRegion 2018; hier: u. a. Notarztversorgung Stolberg/Eschweiler 146/17

Bgm. Bertram berichtete auf Nachfrage von RM Widell, dass die Zusammenlegung des Notrufs in der Städte-Region Aachen für die Städte Eschweiler und Stolberg nicht erfolgt sei.

Weiterhin erläuterten Bgm. Bertram und Hr. Müller, dass es auch schon vor dem Rettungsdienstbedarfsplan für das Jahr 2013 die Bestrebung nach einem zweiten Notarzt für Eschweiler/Stolberg gegeben habe und der Grund für eine Ablehnung mangelnde Daten gewesen seien.

Der Rat der Stadt Eschweiler nahm den Sachverhalt zur Kenntnis.

8 Anfragen und Mitteilungen

Zu Tagesordnungspunkt 8.1 wurde Hr. Hoffmann, Wasserverband Eifel-Rur, zur Erläuterung eingeladen. Da Hr. Hoffmann zu diesem Zeitpunkt noch nicht anwesend war, wurde der Tagesordnungspunkt verschoben.

Beigeordneter Gödde verlas zur Thematik „Abbrucharbeiten des City-Centers/ Hertiekomplexes“ eine Stellungnahme der Verwaltung sowie eine persönliche Stellungnahme, welche als Anlagen beigefügt sind.

Bgm. Bertram ließ eine Aussprache über die Erklärung von Beigeordneten Gödde nicht zu.

8.1 Entsorgung von Erdaushub im Landschaftsschutzgebiet; Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 25.04.2017 / E-Mail von Herrn Michael Kortz vom 23.04.2017; mündlicher Bericht

Hr. Hoffmann, Wasserverband Eifel-Rur, führte aus, dass das Material aus der Baumaßnahme am Indegeländer stamme und auf dem Grundstück des Wasserverbandes zwischengelagert werde. Weiteres aus dem Gewässerprofil zu entfernendes Sediment aus dieser Baumaßnahme befinde sich noch unter der Brücke an der

Bergrather Straße. Nach der Analyse des Materials stellte sich heraus, dass dies sehr hohe Schwermetall- (Zink, Cadmium) und Organikwerte enthalte. Diese Kombination sei der Grund dafür, dass bisher keine Deponie gefunden werden konnte, die das Material zur Entsorgung annehme. Die Deponie in Hürtgenwald-Horn ist geeignet, die analysierten Schwermetalle aufzunehmen. Voraussetzung für eine dortige Entsorgung sei allerdings eine Weiterverwertung. Außerdem seien auch für diese Annahme die Organikwerte zu hoch. Derzeit liege für diese Deponie ein Antrag des Betreibers EGN auf Bodenannahme zur Entsorgung bei der Bezirksregierung Köln vor. Eine Entscheidung über diesen Antrag werde im Herbst erwartet, wobei auch hier die Begrenzung des Organikwertes noch offen sei.

Mit der Zeit würden sich die organischen Stoffe allerdings in gewissem Umfang abbauen, sodass eine Entsorgung über eine andere Deponie ermöglicht werden könnte. Elutatuntersuchungen des Materials belegen, dass keine Schadstoffe in den Untergrund ausgewaschen würden, sodass es nicht zur Belastung des Bodens und des Grundwassers komme. In der Zeit der Zwischenlagerung solle das Material bewirtschaftet und gepflegt werden.

Auf Nachfrage von RM Göbbels erläuterte Hr. Hoffmann, dass es sich bei dem im Antrag genannten Gebiet um das Landschaftsschutzgebiet handele.

Auf Nachfrage von RM Widell schilderte Hr. Hoffmann, dass ein Auswiegen des Mülls am Abtragungsort aufgrund der Verkehrssituation nicht möglich gewesen sei. Den Zeitraum für den Abbau der organischen Werte schätze er auf 3 - 4 Jahre. Es herrschte Einigkeit darüber, dass eine solche Vorgehensweise für Bürger schwer nachvollziehbar sei.

Auf Nachfrage von RM Liebchen erläuterte Hr. Hoffmann, dass eine Folie unter dem abgelagerten Material aufgrund der unbedenklichen Eluatwerte nicht notwendig sei.

Auf Nachfrage von RM Schmitz antwortete Hr. Hoffmann, dass auf einen Anspruch aus der Versicherung des Kfz-Führers, welcher seinerzeit das Gelände beschädigt habe, verzichtet werde. Die Verankerungen des Ufergeländers haben auf der ganzen Länge nicht den gültigen DIN-Normen entsprochen.

Hr. Hoffmann sagte auf Wunsch von Bgm. Bertram eine schriftliche Stellungnahme zu dieser Thematik und fortlaufende Bemühungen in Abstimmung mit dem Umweltamt der StädteRegion Aachen zur Lösung dieses Entsorgungsproblems zu.